

Wahlprüfsteine vom Landesverband Hamburger Straffälligenhilfe e.V.

Frage 1:

Der Hamburger Justizvollzug galt bis zur Jahrtausendwende als modern und progressiv. Was heißt für Ihre Partei moderner, evidenzbasierter Strafvollzug? Was sind Ihre Schwerpunkte zur Reduzierung der Rückfallkriminalität?

Für DIE LINKE muss ein moderner, evidenzbasierter Strafvollzug die Resozialisierung konsequent in den Mittelpunkt stellen. Der Hamburger Justizvollzug hat in den letzten 25 Jahren jedoch einen erheblichen repressiven Rollback erfahren, wodurch viele der einst progressiven Errungenschaften zurückgenommen wurden. Die Realität in den Gefängnissen gleicht heute einem „Verwahrvollzug“: Weder werden die Gefangenen ausreichend auf ihre Entlassung vorbereitet, noch erhalten sie nach der Haft angemessene Unterstützung bei zentralen Herausforderungen wie der Suche nach Wohnraum oder Arbeit. Die psychologische und psychiatrische Betreuung der Inhaftierten ist völlig unzureichend, und es fehlt an sozialen Hilfsangeboten, die für eine erfolgreiche Reintegration notwendig sind.

DIE LINKE setzt sich daher für einen Strafvollzug ein, der wissenschaftlich fundiert und nachhaltig wirkt. Der Fokus liegt auf dem Ausbau von Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen, der Verbesserung der psychologischen Betreuung sowie auf umfassenden Resozialisierungsmaßnahmen. Dazu gehört auch die gezielte Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit durch Vollzugslockerungen und Modellprojekte wie die kontrollierte Internetnutzung für Gefangene. Der offene Vollzug soll deutlich ausgeweitet und perspektivisch zum Regelvollzug werden. Diese Ansätze sind nicht nur humaner, sondern tragen auch wesentlich zur Reduzierung von Rückfallkriminalität bei und stärken die soziale Sicherheit insgesamt.

Frage 2:

Derzeit und schon länger sind die JVA Billwerder, die JVA Fuhlsbüttel und die Untersuchungshaftanstalt voll oder sogar überbelegt. Bei nur 3,8 % Ersatzfreiheitsstrafenanteil (sehr niedrig im bundesweiten Vergleich!). Wie will Ihre Partei diese Situation entschärfen?

Die Überbelegung der Hamburger Justizvollzugsanstalten ist ein gravierendes Problem und Symptom einer Fehlsteuerung in der Strafpolitik. Als DIE LINKE fordern wir eine konsequente Neuausrichtung, um soziale Ursachen von Kriminalität anzugehen und Gefängnisse zu entlasten. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen. Menschen sollten nicht wegen der Nichtzahlung von Geldstrafen, oft aus Armut heraus, inhaftiert werden. Stattdessen setzt DIE LINKE auf gemeinnützige Arbeit, Sozialarbeit oder Schuldnerberatung als Ersatzmaßnahmen. Darüber hinaus fordern wir eine restriktivere Anwendung der Untersuchungshaft und intensivere Bemühungen zu ihrer Abwendung (z.B. bei fehlenden festen Wohnsitz). Auch der Ausbau des offenen Vollzuges ist ein wichtiger Ansatz, um den geschlossenen Vollzug zu entlasten und für die Fälle vorzubehalten, in denen ein offener Vollzug ausgeschlossen ist. Langfristig kann eine sozial gerechtere Gesellschaft, der Abbau von Armut und die Förderung von Bildung und sozialen Hilfen entscheidend sind, um die Belastung des Justizvollzugs nachhaltig zu verringern und Rückfallkriminalität effektiv zu reduzieren.

Frage 3:

2023 starteten drei AVD-Lehrgänge mit 10, 11 und 15 Teilnehmern bei jeweils 20 geplanten Plätzen. Gleichzeitig gab es 44 altersbedingte und 24 weitere Austritte aus dem AVD, ähnlich sieht es 2024 aus. Wie will Ihre Partei das Nachwuchsproblem im Justizvollzug bei steigenden Gefangenzahlen lösen?

Der fehlende Nachwuchs im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) ist ein ernstes Problem, das die Funktionsfähigkeit des Strafvollzugs und die Resozialisierung gefährdet. Die Ursache für den Mangel an Nachwuchskräften sehen wir vor allem in den unattraktiven Arbeitsbedingungen, der hohen Belastung und der unzureichenden Wertschätzung der Beschäftigten im Justizvollzug. Um dieses Problem zu lösen braucht es eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dazu gehören höhere Gehälter, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine Reduktion der Arbeitsbelastung durch den Abbau von Überbelegung in den Haftanstalten. DIE LINKE setzt sich zudem für eine stärkere psychologische und organisatorische Unterstützung der Beschäftigten ein, um Burnout und Überforderung vorzubeugen. Auch die Ausbildung im AVD muss attraktiver gestaltet werden. DIE LINKE plädiert dafür, den Ausbildungslehrplan stärker auf Resozialisierungsarbeit und den Umgang mit psychisch belasteten Gefangenen auszurichten – nicht nur um einen besseren Vollzug zu erreichen, sondern auch um die Attraktivität des Berufs zu erhöhen.

Frage 4:

Die Bundesregierung will HIV, Hepatitis B und C bis 2030 eindämmen (Bundesprogramm „BIS 2030“). Inhaftierte werden jedoch kaum behandelt (2022: 30 Hep-C-Behandlungen). Schätzungen zufolge sind bis zu 20 % der Inhaftierten Hep-C-positiv. Wie plant Ihre Partei, die Ziele „BIS 2030“ zu erreichen?

Eine Anfrage der Linksfraktion ergab, dass in Hamburg in den Jahren 2017 bis 2020 nur 20-25% der Inhaftierten, die positiv auf Hepatitis C getestet wurden, auch behandelt wurden. Begründet wurde diese niedrige Behandlungsrate damals vor allem damit, dass die Resthaftdauer nicht mehr ausreichen würde, um innerhalb dieser Zeit die Behandlung abzuschließen. Eine Untersuchung aus 2023 legt aber nahe, dass es noch andere Hindernisse gibt, warum keine Hepatitis-C-Behandlung stattfindet. Dazu gehörten neben der Stigmatisierung von Hep-C-Positiven nicht zuletzt auch finanzielle Erwägungen, was völlig inakzeptabel ist.

Inhaftierte sind in einem sehr weit überdurchschnittlichen Maß von Hepatitis-C-Infektionen betroffen, deswegen brauchen wir eine gezielte Fachstrategie für diese Zielgruppe: angepasste Aufklärungs- und Testangebote, Entstigmatisierung sowie eine finanzielle Ausstattung, sicherstellt, dass die Therapiekosten keinen Einfluss auf die Therapieentscheidung nehmen.

Frage 5:

In Hamburg missbrauchen mind. 40 % der Inhaftierten Alkohol, Drogen oder Glücksspiel. Nur wenige erhalten die Möglichkeit, eine Therapie anstelle einer Strafe zu absolvieren (§35 BtMG). Wie plant ihre Partei, diesem Problem zu begegnen, insbesondere angesichts des Kostendrucks auf die Suchthilfe?

Die hohe Anzahl der Gefangenen mit einem missbräuchlichen Umgang von Suchtmitteln ist genauso alarmierend, wie die unzureichende Anwendung bzw. Umsetzung des § 35 BtMG. Therapieprogramme sind nicht nur humaner, sondern langfristig auch die bessere Strategie gegen Rückfallrisiken. Perspektivisch sind sie damit auch kostengünstiger als die Inhaftierung, weil sie Rückfallkriminalität und deren gesellschaftliche Kosten reduzieren kann. Trotz dieser

Erkenntnisse erhalten nur wenige Gefangene Zugang zu adäquaten Behandlungsangeboten. DIE LINKE fordert daher einen massiven Ausbau von Therapieplätzen sowohl innerhalb der Haftanstalten als auch in der Zusammenarbeit mit externen Suchthilfeeinrichtungen. Die Behandlung sollte nicht mit der Entlassung enden, sondern es muss eine kontinuierliche Behandlung gewährleistet werden und dafür das Übergangsmanagement intensiviert werden. Angesichts des Kostendrucks auf die Suchthilfe setzt sich DIE LINKE für eine deutliche Erhöhung öffentlicher Mittel ein.

Frage 6:

Vollzug, Übergangsmanagement und Bewährungshilfe verwenden verschiedene digitale Verwaltungssysteme, die kaum Schnittstellen aufweisen. SoPart soll zukünftig für alle eingeführt werden – wie steht Ihre Partei dazu, die Mittel für eine gelingende Vernetzung der Akteure sicherzustellen?

DIE LINKE begrüßt grundsätzlich die Idee einer besseren Vernetzung im Strafvollzug, Übergangsmanagement und der Bewährungshilfe durch ein einheitliches System. Dabei muss jedoch darauf geachtet werden, dass ausreichend Mittel für die Einführung, Schulung und langfristige Wartung bereitgestellt werden. Es ist wichtig, dass die Perspektiven der Fachkräfte vor Ort in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, da sie am besten beurteilen können, ob die Fachanwendung den praktischen Anforderungen entspricht und tatsächlich hilfreich ist. DIE LINKE fordert daher, dass die Einführung von SoPart sorgfältig geplant und mit einer ausreichenden Finanzierung sowie der Beteiligung der Akteure umgesetzt wird.

Frage 7:

Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass die Bediensteten in den JVAen demokratische Werte vertreten und diese an die Inhaftierten weitergegeben werden? Wie soll die Zusammenarbeit und die Finanzierung von externen Trägern der Demokratieförderung und Extremismusprävention gewährleistet werden?

DIE LINKE hat sich bereits in der Vergangenheit Fälle von Hasskriminalität durch den AVD öffentlich gemacht und eingefordert, dass gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch Mitarbeiter*innen im Vollzug nicht toleriert werden darf und es intensiverer Präventionsmaßnahmen bedarf. Dazu gehört eine regelmäßige Schulung der Mitarbeitenden in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Antidiskriminierung und kontinuierliche Fortbildungen, die sie dazu befähigen, demokratische Prinzipien im Arbeitsalltag zu verankern und eine respektvolle, wertschätzende und diskriminierungsfreie Haltung gegenüber den Inhaftierten zu fördern.

Dabei sollten auch externe Träger*innen und Beratungsstellen im Bereich Demokratieförderung und Prävention von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einbezogen werden, da diese über ein umfangreiches Fachwissen verfügen. Zudem setzen wir uns für die ausreichende und vor allem langfristige grundständige Finanzierung dieser Beratungsstellen und Projekte ein (etwa durch ein Demokratieförderungsgesetz).

Frage 8:

Die christliche Gefängnisseelsorge ist in Deutschland fest verankert. Andere Bundesländer haben mittlerweile feste Vollzeitstellen für muslimische Gefängnisseelsorger geschaffen. Wie steht Ihre Partei zur Etablierung solcher Stellen für die Hamburger Justizvollzugsanstalten?

DIE LINKE unterstützt die Einführung von festen Stellen für muslimische Gefängnisseelsorger in

den Hamburger Justizvollzugsanstalten. Auch Gefangene, die dem Islam oder anderen Religionen angehören, müssen Zugang zu geistlicher Unterstützung erhalten. Die Bereitstellung von muslimischen Seelsorgern ist ein Schritt hin zu mehr religiöser Vielfalt und Gleichbehandlung im Justizvollzug und fördert das interkulturelle Verständnis. DIE LINKE fordert die Etablierung solcher Stellen und die Sicherstellung des Zugangs zu religiöser Betreuung für alle Glaubensgemeinschaften. Gleichzeitig muss klar sein, dass die Seelsorge nicht als Ersatz für sozialtherapeutische und sozialarbeiterische Hilfe dienen kann. Die sozialen, psychologischen und therapeutischen Bedürfnisse der Inhaftierten müssen unabhängig von religiös begründeter Seelsorge ausreichend berücksichtigt werden. DIE LINKE fordert daher die Etablierung muslimischer Seelsorgestellen ergänzend zu einer umfassenden sozialen und therapeutischen Versorgung.